

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

28. Sitzung vom 24. August 2009 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Konrad Gfeller, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
33 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 17
Zweidrittelsmehr: 22

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Harold Külling, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Matthias Jauslin, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat **bis 19.30 Uhr**
Toni Schürmann, Gemeinderat
Doris Becker, Gemeinderätin

Weitere Anwesende

Ernst Häner, Präsident ARA
Stephan Irniger, Betriebsleiter ARA
Franco Corsigla, Präsident Schulpflege
Rolf Stadler, Präsident der Schulleiterkonferenz
Hektor Herzig, Berater des Herska-Institutes, welcher als Berater der Überführung für die Musikschule tätig war
Ernesto Hitz, Schulverwalter

Entschuldigungen

Christian Lanz, SVP
Martina Stäger, SVP
Benno Kohli, FDP
Armin Geissmann, FDP

Thomas Keller, FDP
Stefan Suter, SP
Ronny Fricker, CVP (Austritt)

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
- ~~2. Wahl Mitglied Einbürgerungskommission~~
3. Kenntnisnahme 11155 betr. Jahresbericht und Rechnung 2008 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil
4. Bericht und Antrag 11149 betr. Kreditabrechnungen ARA
5. Bericht 11140 zum Postulat 10146 betr. „Leistungen gegen Belastungen – mehr Nutzen aus der NEAT“
6. Bericht und Antrag 11158 betr. Überführung der Musikschule in die Schule Wohlen
7. Motion 11121 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige
8. Motion 11122 betr. Sanierung der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen
9. Anfrage 11123 betr. Kosten Kopiergeräte
10. Anfrage 11126 betr. Entwicklung der Altersguthaben der PROFOND Vorsorgeeinrichtung
11. Anfrage 11132 betr. Motion Nr. 11105 Teilamt für den Gemeindeammann
12. Anfrage 11133 betr. Wahl des Verwaltungsrates der IB Wohlen AG

Gfeller Konrad, Präsident: Begrüsst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Gfeller Konrad, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 15. Juni 2009 zu verzeichnen:

- Antwort zur Anfrage 11156 betr. Beschaffung eines neuen Polizei-Fahrzeugs
- Antwort zur Anfrage 11123 betr. Kosten Kopiergerät (traktandiert)
- Antwort zur Anfrage 11157 betr. IB Wohlen AG (traktandiert)
- Antwort zur Anfrage 11154 betr. undemokratische Behördenpropaganda des Gemeinderates
- Protokoll der ER-Sitzung vom 16. März 2009
- Bericht und Antrag 11158 betr. Überführung der Musikschule in die Schule Wohlen (traktandiert)
- Einladung zur 28. ER-Sitzung
- Schreiben an ER und Austausch Beilage (Synopsis) zu Bericht und Antrag 11158 betr. Musikschule
- Rücktritt Ronny Fricker CVP als Einwohnerrat
- Revisionsberichte der FIKO zu Bericht und Antrag 11149 betr. Kreditabrechnungen ARA
- Bericht und Antrag 11159 betr. Kenntnisnahme Masterplan für das Ortszentrum Wohlen und Bewilligung eines Planungskredites von CHF 120'000 für die Erstellung eines Gestaltungsplanes für das Isler-Areal
- Bericht und Antrag 11160 betr. Verkehrsrichtplan: Kenntnisnahme der Eckwerte der zukünftigen Verkehrsplanung der Gemeinde Wohlen
- Bericht und Antrag 11161 betr. Überprüfung von
 - Reglement zur Regelung des Anstellungsverhältnisses des Gemeindeammanns der Gemeinde Wohlen
 - Reglement über die Entrichtung von Entschädigungen, Sitzungsgeldern und Spensersatz an Behördenmitglieder, Kommissionsmitglieder und Arbeitnehmer der Gemeinde Wohlen
- Kenntnisnahme 11162 betr. Finanzplan 2010 – 2013
- Dringliche Motion 11163 betr. Bericht 11140 zum Postulat 10146
- Einladung zur Präsentationsveranstaltung vom 31.10.2009 betr. Masterplan und Verkehrsrichtwerte
- Protokoll der 26. ER-Sitzung
- Mail betr. Streichen von Traktandum 2 Ersatzwahl EBK
- Dringliche Motion 11164 gegen die erneute Umgehung des Einwohnerrates

Koni Gfeller, Präsident: Verliest Rücktrittsschreiben von Ronny Fricker. Der Austritt wird bedauert, muss aber akzeptiert werden. Im Namen des Einwohnerrates und der Einbürgerungskommission wird die geleistete Arbeit verdankt.

Als Präsident ist es meine Pflicht, ein paar Worte betreffend der zu erwartenden Schweinegrippe-Pandemie an Sie zu richten. Laut Experten muss man sich auf eine Grippe-Pandemie gefasst machen. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese eintritt, ist realistisch. Angst und falsche Hektik sind sicher das falsche Konzept. Als politisches Organ, als Einwohnerrat, haben wir gegenüber der Bevölkerung Pflichten und Aufgaben, die erfüllt werden müssen.

Es geht darum, dass bei Ankündigung und Eintreffen gewisse Massnahmen getroffen werden müssen. Der Gemeindebetrieb, dazu gehört auch der Einwohnerrat, muss im schlimmsten Fall seine notwendigsten Verpflichtungen wahrnehmen können. Verabschiedung und Genehmigung des Budget 2010 wäre zum Beispiel ein solches Minimalziel. Dann muss erkannt werden, dass man mit diesen Massnahmen die Pandemie so flach als möglich halten möchte. Was ist zu gewährleisten? Der Gemeinderat hat dazu ein Papier verfasst unter dem Namen „Pandemieplanung Gemeindebehörde und Verwaltung Wohlen“. Das Papier wurde an der Gemeinderatssitzung vom 17. August 2009 durch den Gemeinderat abgesegnet. Ich möchte über das Papier hier nicht sprechen, doch seine Entscheidungen können unter Umständen den Ratsbetrieb beeinflussen.

Der Gemeinderat entscheidet, wann betriebliche Massnahmen eingeführt oder wieder aufgehoben werden. Der Gemeinderat erlässt ergänzende Weisungen. Es muss evtl. davon ausgegangen werden, dass angesagte Einwohnerratssitzungen abgesagt werden. Wichtig ist für Sie, alle Weisungen und Anordnungen des Gemeinderates im Bezug auf die Schweinegrippe-Pandemie zu befolgen. Sie sind für den Einwohnerrat verpflichtend und strengstens einzuhalten. Ich danke für das Akzeptieren.

Ich komme zurück zur Entschuldigung von Herrn Stefan Suter: In seinem Betrieb ist ein Mitarbeiter zu Hause, bei welchem der Verdacht auf Schweinegrippe besteht. Er hat mir dies mitgeteilt und ich habe ihn angewiesen nicht an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Heute kommen wir zum ersten Mal in den Genuss der neuen Beamer- und Audioanlage hier im Casino.

Noch eine weitere Mitteilung: Unser Ratsmitglied Bernhard Kammer hat am 24. Juli 2009 geheiratet. Im Namen des Einwohnerrates gratuliere ihm zu diesem Lebensschritt und wünsche ihm und seiner Frau für die Zukunft alles Gute.

Fraktionserklärung SVP

Bertschi Bruno, SVP: Unsere Gemeinde ist im neusten Städteranking der Wirtschaftszeitschrift „Bilanz“ erneut zurückgefallen: Neu liegen wir nur noch auf dem 115. Rang von insgesamt 129 grösseren Ortschaften. Innerschweizerisch sind wir neuerdings sogar das Schlusslicht, dies sogar noch hinter der Gemeinde Oftringen. Und Oftringen ist wirklich nicht gerade als leuchtendes Beispiel einer Vorbildsgemeinde bekannt.

Würde der FC Wohlen denselben Platz in dieser Rangliste einnehmen, würde man dessen Trainer sofort entlassen!

Diese Situation veranlasst unsere Fraktion zu einer Lagebeurteilung. Zuerst gilt es, den Blick zurückzuwerfen: Hier in diesem Saal war es seit Jahren immer wieder die SVP, die vor der linken Politik des Gemeinderates und der Mitte-links-Fraktionen gewarnt hat. Die Früchte der von der Mitte-links-Mehrheit kompromisslos und oftmals gegen den erklärten Volkswillen durchgesetzten Politik müssen wir heute ernten. Die Verantwortung für die Misere ist eindeutig von denjenigen Parteien und Fraktionen zu übernehmen, welche diese Politik gestaltet haben. Die SVP gehört nicht dazu.

Noch wichtiger als der Blick zurück ist aber der Blick vorwärts: Nachdem unsere Gemeinde mit den linken Rezepten flächendeckend und für jeden Mann offensichtlich gescheitert ist, müssen wir uns einen fundamentalen Strategiewechsel einfallen lassen. Dies kann nur heissen, dass der Einwohnerrat in Zukunft bürgerliche Rezepte der Politik anwenden muss.

Die sozialistischen Rezepte (hohe Steuern, hohe Ausgaben, neue Stellen, hohe Strompreise, Prestigeobjekte bauen und Kostenüberschreitungen dulden) sind gescheitert. Die bürgerlichen Rezepte, das sind Erfolgsrezepte, sehen wie folgt aus: Steuern massiv senken, IBW-Gebühren senken, mehr Gewerbeland, mehr Bauland an Hanglagen, keine absurden urbanen Ideen in der Raumplanung und das Zentrum mit schlauer Verkehrspolitik aufwerten.

Wir fordern Sie höflich auf, machen Sie mit. Helfen Sie uns, den Karren aus dem Dreck zu ziehen!

Behandlung der dringlichen Motionen 11163 und 11164

Dringliche Motion 11163 im Zusammenhang zu Bericht 11140 zum Postulat 10146 betr. "Leistung gegen Belastungen - mehr Nutzen aus der NEAT"

Riedi Adrian, Grüne: Wer eine gute, schnelle Verbindung vom Freiamt ins Limmattal möchte, möglichst ohne Umsteigen, sollte der Dringlichkeit zustimmen. Wenn wir es nicht tun, kommt eine andere Region zum Zug.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist im Zusammenhang mit dem Postulat betreffend Leistungen gegen Belastungen Mehrnutzungen aus der NEAT, das heute noch behandelt wird, für die Dringlichkeit des Anliegens.

Abstimmung der Dringlichkeit 11163

Die Dringlichkeit wird mit 30 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen angenommen.

Die Behandlung der Motion erfolgt im Anschluss an das Traktandum 5.

Dringliche Motion 11164 gegen die erneute Umgehung des Einwohnerrates

Stäger Urs, SVP: Wir wissen, dass der Gemeinderat schon wieder die Anschaffung eines Fahrzeuges evaluiert und zwar mittels Leasingvertrag, ohne dieses Geschäft dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Nur eine dringliche Behandlung dieser Motion kann verhindern, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat schon wieder umgeht. Es macht nämlich sehr wenig Sinn, wenn unser Finanzverwalter Festgeldanlagen macht, zu einem halben oder noch weniger Prozent, und nebenbei bezahlen wir 6,5% Zins für das Leasing.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Der Gemeinderat umgeht den Einwohnerrat nicht. Im Jahre 2010 muss das Auto der Repol ersetzt werden. Der Ersatz wird im normalen Budgetverlauf für das Jahr 2010 beantragt. Der Einwohnerrat kann dann darüber befinden, Akten und Unterlagen sind dann einsehbar. Es wurde kein Fahrzeug angeschafft, ohne dass dies vom Einwohnerrat nicht bewilligt wurde. Der Gemeinderat ist der Meinung, dieses Geschäft gehöre in die Budgetberatung. Er lehnt die Dringlichkeit ab und bittet Sie, diese ebenfalls abzulehnen.

Donat Ruedi, CVP: Ich habe eine Frage an Herrn Schürmann. Wenn dies über das Budget abgewickelt wird, wird dann das Auto geleast oder gekauft?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es ist die Absicht, das Auto wieder zu leasen, so wie das vorherige. Aber auch hier kann der Einwohnerrat darüber entscheiden, wie er das machen möchte. Das ist eine Sache der Budgetberatung.

Bertschi Bruno, SVP: Aus Erfahrung muss ich folgende Frage stellen. Ist das Fahrzeug schon im Verkehr, wenn wir die Budgetberatung haben?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Nein, es ist dann noch nicht im Verkehr, es soll im Jahr 2010 ersetzt werden.

Stäger Urs, SVP: Das Fahrzeug, das ersetzt werden soll, ist 6jährig. Die Kantonspolizei fährt bis zu 300'000 km mit ihren Fahrzeugen.

Abstimmung der Dringlichkeit 11164

Die Dringlichkeit wird mit 7 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Behandlung der Motion erfolgt an einer späteren Sitzung.

Lehmann Sandra, GPK: Der Anfang meiner Rede gebührt dieses Mal diesem Mann, der seit über 16 Jahren als Präsident des Abwasserverbandes amtiert. Herr Ernst Häner hat der GPK mitgeteilt, dass er per Ende Dezember 2009 von seinem Amt zurücktritt. Während seiner Amtszeit hat die in den 70er Jahren erstellte ARA ihre wichtigste Sanierung, Erweiterung und Anpassung an die Neuzeit erfahren. Ich selber habe als ehemalige Betriebsleiterin der ARA Herrn Häner in seiner Funktion kennen- und schätzen gelernt. Das Amt des Verbandspräsidenten hat in den vergangenen Jahren viel Kraft und Durchhaltewille, aber auch das nötige Fingerspitzengefühl bei den Verhandlungen mit Gemeinden, Kanton, Industriebetrieb wie auch mit den beauftragten Unternehmen erfordert. Lieber Ernst, im Namen der GPK möchte ich Dir unseren ganz herzlichen Dank aussprechen für Deinen unermüdlichen Einsatz für unsere ARA.

Nun zum Jahresbericht: Wie immer gibt uns der ausführliche Jahresbericht Auskunft über einen gut funktionierenden Betrieb dem die Umwelt wichtig ist. Nebst den technischen Einrichtungen ist auch das Personal für diesen Erfolg massgebend. So hat auch das Personal im letzten Jahr Weiterbildungskurse besucht und Herr Koch hat die Berufsprüfung zum Klärwerkfachmann mit Fähigkeitsausweis mit gutem Erfolg bestanden. Erfreulich ist, dass sich immer wieder Schulklassen und Vereine durch unsere ARA führen lassen und dass die Klärschlamm-trocknungsanlage gar als Referenzobjekt dient.

Weniger erfreulich ist, dass die neuen Verbandsstatuten vom Wohler Gemeinderat abgelehnt wurden. So muss der Abwasserverband mit veralteten Statuten weiter bestehen. Die GPK ist der Meinung, dass es selbstverständlich sein sollte, dass sich alle an der Kläranlage angeschlossenen Gemeinden nicht nur finanziell beteiligen sollen, sondern auch die Möglichkeit haben sollen, aktiv mitzubestimmen.

Bezüglich Reinigungsleistung arbeitet unsere ARA sehr gut. Eine Ausnahme hat der Monat März gebildet, wo infolge eines extremen Säurezuflusses die Nitrifikation der Anlage gehemmt wurde. Leider konnte die Ursache nicht eruiert werden. Bei der Klärschlamm-trocknung sind massiv höhere Betriebskosten zu verzeichnen. Das hat zwei Gründe: Einerseits sind die Energiekosten stark angestiegen, vor allem beim Erdgas, andererseits sind beim Trockner und beim Dekanter kostenintensive Unterhaltsarbeiten nötig gewesen. Das führt zu starken Kostenschwankungen pro Tonne Trockenrückstand. Solange für den Maschinenunterhalt kein Reservefond gebildet werden kann, werden diese Betriebskosten extremen Schwankungen ausgesetzt sein. Auch für die Bildung eines Reservefonds sind neue Statuten notwendig.

Zum Schluss möchte ich im Namen der GPK dem Personal der ARA für ihre Arbeit danken. Dank ihrem Einsatz wird das Wasser, das wir in Wohlen und Umgebung produzieren, so gut gereinigt, dass es gefahrlos in die Umwelt und in die Aare umgeleitet werden kann. Der Klärschlamm wird zuerst zur Energieerzeugung genutzt, dann wird er so eingetrocknet, dass er als Roh- und Brennstoff im Zementwerk Wildegg eingesetzt werden kann. Last but not least werden pro Jahr fast 34 Tonnen Tierkörper sauber entsorgt. Daher besten Dank an alle, die das ermöglichen.

Duschén Andrea, FDP: Auch wir von der FDP und Dorfteil Anglikon möchten den Verfassern recht herzlich danken. Es ist ein informativer, ausführlicher und kompetenter Bericht und wir sind der Meinung, dass uns dies ein Gefühl von Vertrauen gibt. Danke.

Fricker Roger, CVP: Auch unsere Fraktion nimmt vom Jahresbericht und von der Rechnung 2008 positiv Kenntnis. Besonders gefreut hat uns, dass die Eigenstromproduktion um 10% gesteigert werden konnte. Wie jedes Jahr konnten wir feststellen, dass der Betrieb der ARA einwandfrei funktioniert. Das ist der Verdienst des Vorstandes und des Personals unter der Leitung des Klärmeisters, Herrn Stefan Irniger. An dieser Stelle möchten wir allen Beteiligten für ihre Arbeit recht herzlich danken.

Steiner Landert Judith, SVP: Die SVP dankt für die ausführlichen Erläuterungen im Jahresbericht. Bezüglich Ausarbeitung neuer Verbandssatzungen halten wir fest, dass wir die Meinung des Wohler Gemeinderates nicht teilen, sondern dass beteiligte Gemeinden eingebunden sein müssen und damit auch ein Stimmrecht haben sollen. Den Gemeinderat fordern wir auf, die in diesem Sinne vorbereiteten Verbandssatzungen nochmals zu besprechen und z.B. einem anteilmässigen, d.h. aufgrund der jeweiligen Gemeindebevölkerungszahlen, Beitragsverhältnis zuzustimmen. Darüber hinaus ist der Zweck in den Verbandssatzungen entsprechend den jetzigen Tätigkeiten zu ergänzen.

Wir danken dem Team von Herrn Stefan Irniger und dem Vorstand für Ihre effiziente und gute Arbeit bestens. Wir haben den Jahresbericht und die Rechnung 2008 gerne zur Kenntnis genommen.

Riedi Adrian, Grüne: Auch wir nehmen Kenntnis vom ausführlichen Bericht und der Rechnung 2008. Das Negative wurde bereits erwähnt betreffend den Verbandssatzungen, die vom Gemeinderat abgelehnt wurden. Es ist für uns befremdend, dass die einen nur Mitspracherecht aber nicht Mitbestimmungsrecht haben. Positiv sind die Kurs- und Tagungsbesuche des Personals. Auch wir gratulieren Herrn Jörg Koch zur bestandenen Berufsprüfung als Klärwerkfachmann. Weiter positiv ist die Ziellandung bei den drei Ausbautetappen (Gesamtvolumen 39 Mio. Fr.).

Auch wir möchten einen grossen Dank an das gesamte Personal aussprechen zum Wohle von uns allen (Wohlen, Villmergen, Waltenschwil und die Beteiligten). Es mag vielleicht aussergewöhnlich sein, aber ich denke die gesamte Belegschaft hat in diesem Fall vom Gemeinde- und Einwohnerrat einen Applaus verdient.

Der Einwohnerrat nimmt vom Jahresbericht und Rechnung 2008 des Abwasserverbandes Wohlen – Villmergen - Waltenschwil Kenntnis.

Benz Guido, Fiko-Präsident: Bei der Kreditabrechnung der ARA geht es um einen gewichtigen Betrag von rund Fr. 39 Mio. über die Periode 1995-2008, wovon Wohlen über 10 Mio. zu tragen hat. Sie haben die Revisionsberichte der 3 Etappen erhalten. Ich möchte hierzu noch einige kurze Bemerkungen anfügen, und zwar zur Organisation des Abwasserverbandes, zur Revision an sich sowie zu den Kreditüber- und Unterschreitungen.

Organisation des Abwasserverbandes und Projektes

Wie Sie im Geschäftsbericht des Abwasserverbandes gesehen haben, besteht die Organisationsstruktur des Verbandes aus den Verbandsgemeinden Wohlen, Villmergen, Waltenschwil sowie den Vertragspartnern Dottikon ES AG und seit 2000 den Gemeinden Sarmenstorf und Bettwil, wobei diese beiden Gemeinden in den genehmigten Krediten nicht berücksichtigt waren.

In der 3. Etappe waren auch die drei Nachbarkläranlagen Falkenmatt, Chlostermatte und Muri beteiligt, was im genehmigten Kredit berücksichtigt ist.

Revisionsablauf

Thomas Strub (Wohlen), Urs Gerber (Villmergen) und Marco Lütolf (Waltenschwil) sind die Revisoren der ARA. Sie haben die Abrechnungen der Gesamtkredite überprüft und dem Abwasserverband am 28.11.08 deren Genehmigung beantragt. Der Abwasserverband hat diese genehmigt.

Die jetzt zur Diskussion stehenden Kreditabrechnungen gemäss Bericht und Antrag 11149 hat Thomas Strub als Mitglied der Finanzkommission überprüft, wobei es lediglich noch um die korrekte Verteilung der Gesamtkosten auf die einzelnen Partner bzw. auf Wohlen geht.

Bemerkungen zur Kreditabrechnung der drei Etappen

Der aufmerksame Leser der Seite 14 des ARA-Geschäftsberichtes und des Bericht und Antrages 11149 bzw. der Revisionsberichte wird festgestellt haben, dass die Kostenabweichungen für das Gesamtprojekt und der entsprechende Anteil von Wohlen unterschiedlich sind, was nicht auf Anhieb verständlich ist. Dazu kurz einige Erläuterungen:

1. Etappe

Eine kleine Korrektur im Bericht und Antrag Seite 2: Der Bruttokredit beträgt nicht Fr. 6'085'000, sondern Fr. 6'050'000.

Die 1. Etappe bestand aus den Teilen Schlammbehandlung, Betriebsgebäude, das alle Gemeinden betraf, sowie dem Teilprojekt Regenbecken Wohlen, das allein von Wohlen getragen wird.

Die Kreditunterschreitung beträgt für das Gesamtprojekt 9.2% (Geschäftsbericht), für Wohlen aber 21.3% (nicht 21.7%). Diese Differenz rührt daher, dass die grössten Einsparungen beim Regenbecken erzielt wurden, wo Wohlen die Kosten alleine trägt. Es hat sich also gezeigt, dass es sehr vorteilhaft war, dieses Projekt voll ins ARA-Projekt zu integrieren.

Gemäss neuem Kostenverteiler beträgt die Summe der Kostenanteile von Sarmenstorf und Bettwil rund Fr. 651'000. Durch die Integration und die entsprechende Kostenbeteiligung

der beiden Gemeinden reduzieren sich die Investitionen der drei Verbandsgemeinden entsprechend.

2. Etappe

Die 2. Etappe bestand aus dem Ausbau und der Sanierung der Abwasserreinigung. Gemäss neuem Kostenverteiler beträgt die Beitragssumme von Sarmenstorf und Bettwil rund Fr. 1.7 Mio.

Die Kreditüberschreitung beträgt für das Gesamtprojekt 5.4%, bei Berücksichtigung der Bauteuerung 4.3%, für Wohlen aber eine Kreditunterschreitung von 3.7%. Diese Kostenunterschreitung resultiert aus dem Beitrag von Sarmenstorf/Bettwil von Fr. 1.7 Mio.

3. Etappe

Bei der 3. Etappe waren – wie erwähnt - auch die drei Nachbar-Kläranlagen Falkenmatt, Chlostermatte und Muri beteiligt, was im genehmigten Kredit aber berücksichtigt ist.

Diese Etappe bestand aus dem Bau der Klärschlamm-trocknungsanlage, und zwar in zwei Kostengruppen gegliedert:

- Trocknung mit Kostenträger Abwasserverband + die drei Bünztaler Kläranlagen
- Erneuerung Trafostation mit Kostenträger nur Abwasserverband

Die Kreditunterschreitung beträgt für das Gesamtprojekt 14.9%, für Wohlen 14.6%. Die Differenz ergibt sich aus der erwähnten Kostenträgerrechnung.

Eine wichtige Schlussbemerkung

Wir haben für alle Etappen des Gesamtprojektes eine leichte Kostenunterschreitung von 0.3% (Mix von Mehrausgaben und Minderausgaben in Teilprojekten, die im Bericht und Antrag kommentiert sind, ich gehe nicht mehr weiter darauf ein), für Wohlen aber Minderausgaben von 21% oder CHF 2.7 Mio. Diese Minderausgaben resultieren praktisch vollständig aus dem nachträglichen Mitmachen von Sarmenstorf/Bettwil in der 1. und 2. Etappe. Ein sehr gutes Beispiel eines sehr positiven Effektes nachbarlicher Zusammenarbeit, das auch bei anderen künftigen Projekten zum Tragen kommen sollte.

Es kann darüber hinaus davon ausgegangen werden, dass die 3. Etappe für die Beteiligten der 1. und 2. Etappe teurer geworden wäre ohne den Einbezug der drei Bünztaler Kläranlagen. Nicht nur wenn man das Gesamte betrachte, sondern auch wenn man die Details beleuchtet, kann man feststellen, dass sehr gut gearbeitet wurde. Da haben alle die an diesem Projekt beteiligt waren, sicherlich ein grosses Lob verdient.

Etwas, das nicht zur Kreditabrechnung gehört, ich aber sagen möchte. Es betrifft die Verbandssatzungen. Ich hätte erwartet, dass zu diesem Punkt ein Kommentar oder eine Kommunikation des Gemeinderates gekommen wäre. Einerseits wegen des Rückstellungsfonds. Andererseits wegen der Zusammenarbeit der verschiedenen Gemeinden. Ich glaube, wir haben das Recht auf eine Information des Gemeinderates und es lohnt sich, dies anzuschauen.

Die Finanzkommission beantragt einstimmig, den Kreditabrechnungen ARA zuzustimmen.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Ich darf Ihnen die Fraktionserklärung der FDP Wohlen/Dorfteil Anglikon zum Bericht und Antrag 11 149 betreffend den Kreditabrechnungen Ausbau ARA Etappen 1-3 bekannt geben.

Diese 3 Kreditabrechnungen sind sowohl vom Vorstandsvorstand wie auch von der Finanzkommission gutgeheissen. Auch wir sehen keinen Grund diese Abrechnungen abzulehnen. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu allen 3 Kreditabrechnungen.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat gemäss den Revisionsberichten zu den drei Kreditabrechnungen zur Kenntnis genommen, dass die Leistungen den seinerzeitigen Kreditbeschlüssen entsprechen – bis auf den dokumentierten nicht ausgeführten Bau einer speziellen Zentralwasserbehandlung.

Wir stimmen den Abrechnungen einstimmig zu.

Benz Guido, CVP: Ich bitte den Gemeinderat um Stellungnahme betreffend meiner Frage.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich frage mich, ob das ein Bestandteil der Rechnung oder des Kreditantrages ist. Das wäre eine Sache gewesen, als wir den Bericht besprochen haben. Bin ich falsch der Annahme?

Müller Christian, Gemeinderat: Ich mache es kurz: Der Gemeinderat hat einen Mehrheitsentschluss gefasst, er möchte keine Erweiterung von weiteren Gemeinden. Man bedenke, wenn bei kleinen Gemeinden Neuinvestitionen kommen, z.B. Kompogasanlagen, könnte dies ein Hindernis sein für einen Weiterausbau der ARA und hat sich gegen die neuen Satzungen ausgesprochen.

Benz Guido, CVP: Wie ist das mit dem Rückstellungsfonds? Haben die anderen Gemeinden das akzeptiert?

Müller Christian, Gemeinderat: Zum Rückstellungsfonds kann ich nichts sagen, das müsste ich zuerst abklären. Die Gemeinden haben das akzeptiert. Das war ein Entscheid, dass Wohlen keine Erweiterung will.

Häner Ernst, Präsident ARA: Ich wollte eigentlich zu dieser ganzen Angelegenheit nichts sagen. Aber nach der letzten Aussage vom Gemeinderat Christian Müller muss ich etwas sagen. Es haben sämtliche anderen Gemeinden schriftlich zugesagt. Nur die Gemeinde Wohlen hat abgesagt.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

- 1. Genehmigung der Kreditabrechnung Ausbau und Sanierung Kläranlage: 1. Etappe*
- 2. Genehmigung der Kreditabrechnung Ausbau und Sanierung Kläranlage: 2. Etappe*
- 3. Genehmigung der Kreditabrechnung ARA 3. Etappe: Klärschlamm-Trocknungsanlage*

wird einstimmig zugestimmt.

Perroud Arsène, GPK: Im Namen der GPK nehme ich zum Bericht 11140 „Leistungen gegen Belastung – mehr Nutzen aus der NEAT“ wie folgt Stellung.

Ende 2005 hat die Fraktion Freis Wohle oben genanntes Postulat eingereicht, welches von allen Einwohnerratsfraktionen unterstützt wurde. Darin wurde der Gemeinderat beauftragt, Abklärungen zu treffen, ob eine Schnellzugsverbindung zwischen Basel und Art-Goldau via Aarau-Südbahn errichtet werden kann.

Ich kann es vorwegnehmen: Der Gemeinderat hat aufgrund dieses Vorstosses alle Hebel in Bewegung gesetzt, die verschiedenen Partner kontaktiert und das Anliegen vorgebracht. Die Akten zeigen auf, wie komplex das Thema ist und wo der Gemeinderat Wohlen überall vorstellig wurde. Es wurden alle erdenklichen Bemühungen getroffen. Für dieses grosse Engagement dankt die GPK dem Gemeinderat ganz herzlich.

Leider wird das Vorhaben aber von der SBB und vor allem vom Kanton als unrealistisch taxiert und nicht weiterverfolgt. Begründet wird dies mit der fehlenden Auslastung der Züge und der geografischen Situation. Die Bedürfnisse im oberen Freiamt sind in Richtung Innerschweiz ausgerichtet, das untere Bünztal orientiert sich eher nach Aarau/Zürich.

Das Freiamt und insbesondere die Gemeinde Wohlen brauchen ein attraktives Angebot des öffentlichen Verkehrs. Gute Erreichbarkeit ist Grundlage für attraktiven Lebensraum. Seit dem vorletzten Fahrplanwechsel und seit die Anschlüsse in Lenzburg nicht mehr funktionieren, hat das Freiamt an Boden verloren. Gleichzeitig steigt die Zahl der Güterzüge durchs Freiamt. Das Freiamt muss besser eingebunden werden, wenn wir die zusätzlichen Belastungen ertragen müssen. Diese Meinung teilt die GPK mit dem Gemeinderat.

Attraktivität im öffentlichen Verkehr bedeutet nicht nur schnelle Verbindungen, sondern auch gutes Rollmaterial, wenige und angenehme Umsteigestationen, direkte Verbindungen, verdichtete Fahrpläne zu Stosszeiten usw. In all diesen Punkten schneidet das Freiamt immer schlecht ab und es ist gerade bei solchen Temperaturen wie heute schlicht eine Zumutung, mit welchem Rollmaterial durchs Freiamt getuckert wird.

Ich möchte allen gerecht werden. Es wurden bereits einige Verbesserungen realisiert z.B. die halbstündlichen Verbindungen nach Rotkreuz, das dritte Gleis in Lenzburg (Gexi) ist im Bau, langfristig wurde besseres Rollmaterial versprochen. Auch wurde im Anhörungsbericht vom 20. Dezember 2006 bereits der Anschluss des Freiamtes an das Zürcher S-Bahn-Netz via Limmattal angekündigt. Exakt diese Forderung liegt heute im Rahmen einer Motion vor uns. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat sich sehr gerne dem Anliegen annehmen wird.

Der Titel des Postulats ist leider immer noch aktuell: „Leistungen gegen Belastungen“. Das bedeutet für die Zukunft, dass der Gemeinderat weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen muss, um Angebotsverbesserungen zu erreichen. Wie uns der Gemeinderat versichert hat, steht das Thema öffentlicher Verkehr immer oben auf der Liste. Er ist sich bewusst, dass das Thema stetig bei Regierungsrat und SBB vorgebracht werden muss, um etwas zu erreichen. Die GPK ist ob der Bereitschaft des Gemeinderats sehr erfreut.

Die GPK empfiehlt einstimmig, das Postulat „Leistungen gegen Belastung – mehr Nutzen aus der NEAT“ abzuschreiben.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir danken für die präzisen Ausführungen des Sprechers der GPK. Die Überlegungen der GPK und des Gemeinderates sind 100% deckungsgleich. Das Hauptziel haben wir leider nicht erreicht, aber wir bleiben am Ball. Das was Sie hier sehen ist die Zusammenfassung in 6 Seiten eines dicken Bundesordners, den Sie einsehen konnten bzw. die GPK-Mitglieder gesehen haben. Es gibt 2 Sachen, die ab dem Jahr 2010 zu einer Verbesserung des öffentlichen Verkehrs führen werden. Das eine ist, wenn das dritte Gleis in Lenzburg (Gexi) gebaut wird, es wieder bessere Anschlüsse für das Freiamt geben kann. Das zweite ist, wenn die neuen Flirt-Züge, die wirklich in dem Umstand, den wir vorhin gehört haben betreffend Klimatisierung usw., eingeführt werden. Die Zeit dafür ist überreif und wir werden auch betreffend schnellen Verbindungen weiterhin am Ball bleiben, sicherlich bis zum 31. Dezember 2009 in dieser Zusammensetzung.

Isler Roger, CVP: Um es vorweg zu nehmen: Wir sind auch für die Abschreibung des Postulates. Der Gemeinderat und die Replas hatten mehrmals Kontakt mit dem Kanton und der SBB. Es ist alles sehr schön dokumentiert und das hat eigentlich auch ein Lob verdient. Erreicht werden konnte leider nicht sehr viel. So zahlt die Gemeinde Wohlen weiterhin einen sehr hohen Betrag für Leistungen, die etwas dürftig sind. Das Rollmaterial hat die SBB aus der ganzen Schweiz zusammengesammelt und wird wahrscheinlich nachher, wenn wir dann endlich „flirten“ dürfen hier im Freiamt, den letzten Einsatz an einem Basel-Zürich-Fussballmatch haben. Die Verbindungen nach Zürich sind einigermaßen brauchbar, wenn auch mit übervollen Pendlerzügen. Aber fahren Sie mal nach Biel oder Basel. Das erste mache ich regelmässig. Ich habe die Wahl zwischen einmal umsteigen mit 25 Minuten warten in Aarau oder ich kann auch dreimal umsteigen. Für beides benötige ich 1 ½ Std. Oder versuchen Sie mal am Wochenende nach dem Kino mit dem ÖV von Baden nach Wohlen zu gelangen. Um Mitternacht heisst es „Abfahrt“, nachher hat man 1 Std. 20 Minuten mit zwei Nachtbussen. Die bis jetzt versprochenen Verbesserungen werden hauptsächlich den Status wieder gutmachen, den wir vor der Bahn 2000 hatten, was für mich eigentlich ein gutes Projekt darstellt, aber viel mehr eigentlich nicht. Es gebe kein Potential im Freiamt – ja das stimmt. Alle, die heute nicht aus Überzeugung mit dem ÖV unterwegs sind, stehen mittlerweile mit dem Auto irgendwo im Stau. Oder sie sind weggezogen, Richtung Basel oder irgendwo. Soviel zum Thema Standortattraktivität, wenn man keine sinnvollen ÖV-Anschlüsse hat. Kurzfristig werden wir leider nicht viel verändern können. Unsere Fraktion erwartet, dass die Gemeinde Wohlen die Aufgabe weiterhin in diesem Stil löst, an vorderster Front das Gespräch sucht und bei jeder Gelegenheit für Verbesserungen kämpft. Und das bitte zusammen mit dem Rest des Freiamtes.

Neeser Kurt, FDP: Das Postulat 11146 ist durch den Bericht 11140 ausführlich beantwortet worden und als erledigt zu erklären. Aber man muss bei diesem Thema weiterhin Druck aufsetzen und nicht einfach schweigen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion EVP/Freis Wohle dankt dem Gemeinderat für die erledigten umfangreichen Abklärungen aufgrund des von uns eingereichten Postulates. Wir sind der Meinung, dass sehr gute Arbeit geleistet wurde und sind aber gleicher Meinung wie Walter Dubler, dass es sich um ein Thema handelt, bei dem man am Ball bleiben muss, damit die Gemeinde Wohlen bezüglich öffentlichem Verkehr nicht in Vergessenheit gerät und dass man immer wieder Vorstösse machen muss. Ein Vorstoss ist jetzt mit der dringlichen Motion auf dem Tisch und wird heute wahrscheinlich noch besprochen. Es ist wichtig, dass weitergemacht wird.

Balazs Dimitri, SP: Wir möchten zuerst dem Gemeinderat für den ausserordentlichen Effort der geleistet wurde, um das Postulat zu bearbeiten, bestens danken. Im Bericht zum Postu-

lat wird klar und detailliert aufgezeigt, wieso eine direkte Einbindung von Wohlen ins Schnellzugsnetz keinen Sinn macht. Das ist zwar nicht so schön, wir können dies aber durchaus nachvollziehen. Trotzdem lassen sich die Entwicklungsperspektiven für das Freiamt positiv beurteilen mit den Flirt-Zügen, die ab 2010 in Betrieb genommen werden. Wir bitten den Gemeinderat, sich nach wie vor dezidiert für einen attraktiven öffentlichen Verkehr in und um Wohlen einzusetzen, da auch der öffentliche Verkehr mitunter ein wichtiger Standortfaktor für Wohlen ist.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Der Einwohnerrat möge den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen und das Postulat 10146 als erledigt erklären.

wird einstimmig zugestimmt.

Riedi Adrian, Grüne: Die Motion hat den Grund – viele wissen das vielleicht gar nicht, ich selber bin Eisenbähnler bei der SBB, halte aber nicht zurück mit berechtigter Kritik, wenn sie vorhanden ist. Die Idee für eine direkte S-Bahn-Linie kam mir, weil ich sehe, wie immer wieder die S3 in Dietikon aufhört, zu jeder Stunde, die andere halbe Stunde fährt sie nach Aarau. Aarau war schneller, hat etwas draus gemacht. Nun steht die S3 eine halbe Stunde in Dietikon herum, in dieser Zeit könnte sie freilich ins Freiamt fahren, hier einen guten öffentlichen Verkehr anbieten und wieder zurückfahren. Es würde wunderbar passen, wieder ab Dietikon zu fahren. Klar, nicht innerhalb einer halben Stunde, aber passend auf die andere Zeit wäre das wunderbar möglich. Die SBB hätte nicht Personal, welches eine halbe Stunde „omehockt“, hätte keine Züge, die eine halbe Stunde ungenutzt umherstehen und wir hätten einen öffentlichen Verkehr, den wir dringend benötigen. Die Idee ist auch nicht die Verbindung in den Hauptbahnhof, sondern die Randbahnhöfe (Schlieren, Hardbrücke, Altstätten, Stadelhofen). Der Hauptbahnhof wird gut erschlossen sein wenn wir wieder den Halbstundentakt nach Lenzburg haben. Die Randbahnhöfe bleiben weiterhin schlecht bedient. Und das wäre dringend nötig, dass man eine direkte S-Bahn Richtung Zürich hätte. Meine Idee ist nun, dass die S3 ins Freiamt verlängert wird. Ein weiterer Grund, dass ich eine dringliche Motion eingereicht habe, ist bereits bekannt. Die eher schwerfälligen Wege, bis im ÖV etwas erreicht wird, zwingen uns zum sofort und intensiv Handeln. Sonst hat es wirklich andere Regionen die schneller sind, Geld sprechen und dann fährt der Zug vielleicht woanders hin, vielleicht sogar nach Aarau. Im Weg steht dem Zug nichts, dass auch der, der in Dietikon endet, das Signal auf grün bekommt und nach Aarau fährt. Jede halbe Stunde spielt sich dasselbe ab, also könnte man auch jede halbe Stunde ins Freiamt fahren mit grünen Signalen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Eine kurze Anmerkung zu Roger Isler betreffend den Kosten die wir bezahlen. In der Tat zahlt die Gemeinde Wohlen sehr viel für den öffentlichen Verkehr, ich glaube 1,6 Mio. Franken. Wir haben letzte Woche einen Brief verabschiedet vom Gemeinderat an Herrn Regierungsrat Beyeler, mit der Bitte, dass die Angelegenheit überprüft wird. Im Vergleich zu anderen grösseren Gemeinden, die einen Schnellzugshalt haben (Zofingen oder Lenzburg), sind wir der Meinung, dass wir zuviel bezahlen. Aber wir wissen, dass das etwas ist, dass auch beim Departement ein Anliegen ist, weil die Mechanik der Berechnungsarten mittlerweile sehr kompliziert ist, um diese überhaupt nachzuvollziehen. Zum Anliegen von Herrn Adrian Riedi: Das tönt schön, gut und recht und stimmt in diesem Sinne von der Grundidee her. Aber ich kann sagen, wir haben den Vorstoss auch noch an Fredy Zobrist zugestellt (Leiter Arbeitsgruppe ÖV der drei Freiamter Regionalplanungsverbänden). Ein Mann, der sehr offen ist und grosse Sympathien hegt für den öffentlichen Verkehr. Als ehemaliger Mitarbeiter und Kaderangehöriger BDWM Transport AG kennt er auch das Umfeld. Die Situation ist diejenige, wenn man von den direkten Verbindungen ausgeht, kann man sagen, hat man am Morgen drei die nach Zürich fahren (das wurde uns auch bereits von Aarau her gesagt, BVU). 5:30 Uhr wäre ein erster Zug nach Zürich, der ist nicht gut besetzt, 6:40 Uhr ist der zweite, der ist gut besetzt, 7:40 Uhr, der ist auch nicht so gut besetzt. Die Züge funktionieren deshalb, weil der Heitersberg sehr stark benutzt wird. Wir profitieren davon, dass die Züge, die durch Wohlen führen, beim Heitersberg anhalten und schlussendlich voll sind, wenn sie in Zürich ankommen. Man muss sich einfach bewusst sein, dass eins der Probleme beim öffentlichen Verkehr ist, dass die Kapazität des HB Zürich voll ausgelastet ist und das somit nicht ganz so einfach sein dürfte. Nun konkret zur gestellten Forderung: Wir haben das diskutiert und wir sind ebenfalls für die Dringlichkeit, weil es im Zusammenhang mit diesem Bericht anzuschauen ist, über den

wir vorhin diskutiert haben. Das Anliegen ist auch ein Bestandteil des Tätigkeitsprogrammes, wenn Sie im Finanzplan nachschauen. Es ist deckungsgleich. Das zweite ist, dass der Gemeinderat trotz den erwähnten Bedenken bereit ist, dies entgegenzunehmen als Postulat. Motion geht zu weit, weil wir hier in Wohlen nicht alleine handeln und umsetzen können, sondern wir sind auf die Mitarbeit des Kantons und der SBB angewiesen. Inhaltlich schliesst sich der Gemeinderat dieser Meinung an, weil man nur dann etwas bekommen kann, wenn man wirklich immer am Ball bleibt und wir bitten die Grünen, Euch bereit zu erklären, das in ein Postulat umzuwandeln und der Gemeinderat bittet anschliessend den Einwohnerrat, diesem zuzustimmen.

Riedi Adrian, Grüne: Ich sehe den Grund nicht ein, warum wieder ein Postulat. Meines Erachtens dauert das zu lange. Das ist nicht gegen den Gemeinderat oder Einwohnerrat gerichtet, sondern das ist einfach der Gang des Begehrens im öffentlichen Verkehr. Dann muss ich noch einer Sache widersprechen. Diese dringliche Motion hat nichts zu tun mit der Kapazität des HB Zürich, diese ist hier nicht tangiert. Da es sich um eine Verlängerung ab Dietikon handelt, spielt der Hauptbahnhof keine Rolle.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Faktor Zeit spielt keine Rolle, ob Motion oder Postulat. Aber eine Motion ist etwas, dass wir alleine in Wohlen regeln können. Da können wir nur die entsprechenden Abklärungen schnell treffen und Ihnen berichten. Aber das andere, dass wir es nicht in den Händen, bis zur vollen Umsetzung wirken zu können. Am Faktor Zeit ändert nichts. In diesem Sinne bitten wir Euch, Euch einverstanden zu erklären mit dem Postulat.

Riedi Adrian, Grüne: Einverstanden.

Der Gemeinderat nimmt die dringliche Motion 11163 betr. Bericht 11140 zum Postulat 10146 betr. „Leistungen gegen Belastungen – mehr Nutzen aus der NEAT“ als Postulat entgegen.

Gregor Ariane, GPK-Präsidentin: Mit dem Antrag zur Überführung der Musikschule in den Betrieb „Schule Wohlen“ streben der Gemeinderat und die Schulpflege eine Professionalität an. Heute wird die Musikschule wie ein Verein geführt, sie gehört nur pro forma der Volksschule an. Tendenziell ist im ganzen Kanton feststellbar, dass die Musikschulen an die Schulen überführt werden.

Für die Integration ist eine Strukturänderung zu einer professionalisierten und geleiteten Musikschule unabdingbar. Die Synergien liegen nicht in tieferen Kosten, sondern in besserer Qualität. Da die Schulpflege sich auf die strategische Ebene zurückgezogen hat, wird die operative Führung über eine Schulleitung wirken. Das bedingt eine 18%-ige Aufstockung des Schulleiter-Pensums auf 40%. Mit der Neubesetzung der Schulleiterstelle ist bereits ein Anfang gemacht worden. Definitiv im 40%- Pensum besetzt werden kann diese Stelle allerdings erst nach dem Entscheid des Einwohnerrates.

Durch die Überführung wird eine Vollkostenrechnung angestrebt. Von der Gemeinde werden 50% der Kosten von Wohler Schülerinnen und Schülern übernommen. Die restlichen 50% der Kosten werden durch Elternbeiträge generiert. Bei den Geschwisterrabatten, welche bis anhin grosszügig gehandhabt wurden, würde die Gemeinde für das 2. /3. /4. Kind 25% der Kosten übernehmen. Bis anhin wurde es mit Drittel gehandhabt, also dass das vierte Kind im Grunde genommen gratis die Musikschule besuchen durfte. Durch das neue Finanzierungsmodell werden die Kosten für die Schulleitung, das Sekretariat und den Sachaufwand pro Lektion errechnet, was mehr Transparenz bietet. Auswärtige Schülerinnen und Schüler werden für den Musikunterricht zu 100% belastet.

Bei der Besoldung der Musikschullehrpersonen ändert sich nichts. Die Anstellung der Musiklehrpersonen richtet sich nach dem kantonalen Gesetz über die Anstellung von Lehrperson, das sog. GAL und dessen Folgeerlassen. Bisher wurden die Lehrpersonen in 6 Lohnstufen eingeteilt. Das GAL kennt keine Lohnstufen mehr. So wird mit den geforderten Qualifikationen der Lehrpersonen die Qualität der Musikschule gesteigert.

Alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben ein 2. neues Exemplar „Beilage Schulreglement“ erhalten. Es ist der GPK ein Anliegen, dass es sich bei den sprachlichen Änderungen und neuen Nummerierungen (sie sind gelb markiert) nicht um substantielle Änderungen geht.

Die GPK stimmt den gemeinderätlichen Anträgen mit folgenden Ergebnissen zu:

1. Für die Änderungen des Schulreglements: einstimmig
2. Für das Reglement über das Anstellungsverhältnis: einstimmig
3. Für die Bewilligung einmaliger Projektkosten „Integration“: 4 Ja zu 1 Nein
4. Für die Bewilligung einmaliger Projektkosten „Schulentwicklung“ : 4 Ja zu 1 Nein
5. Für die Bewilligung zu 40 Stellenprozenten für die Schulleitung: 4 Ja zu 1 Nein

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich danke der Präsidentin der GPK für die ausführlichen Erläuterungen. Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, nochmals auf ein paar Sachen hinzuweisen:

Das bisherige Reglement wurde am 23. Januar 1995 vom Einwohnerrat genehmigt. In den vergangenen 14 Jahren sind einige gesetzliche Änderungen in Kraft getreten, welche im Widerspruch zum heutigen Reglement stehen:

1. Die Musikgrundschule ist inzwischen obligatorisch für alle
2. Das Gesetz für die Anstellung der Lehrkräfte GAL wurde eingeführt und regelt die Anstellungsbedingungen auch für die Musikschullehrkräfte. Einzig die Musikschule ist noch nicht formell in der Schulleitungskonferenz eingebunden, obwohl in Wohlen seit August 2003 die heute obligatorischen Schulleitungen eingeführt sind. Seit der Einführung der Blockzeiten ist dieser Nachteil noch stärker spürbar.

Weiterer Reformbedarf besteht in folgenden Punkten:

Die Kompetenzen und Zuständigkeiten sind unklar definiert. Von den 25 Minuten einer Oberstufenmusikschullektion ist für die 15 Minuten des staatlichen Angebots die Schulpflege Disziplinarbehörde. Für die restlichen 10 Minuten ist der Gemeinderat zuständig. Wir wollen, dass generell die Schulpflege zuständig ist.

Das Anstellungsverhältnis der Musikschullehrkräfte ist im „Reglement über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrkräfte und der Schulleitung der Musikschule Wohlen (MSW)“ geregelt, obwohl die Gemeinde Wohlen über ein neues Personalreglement verfügt. Das Pensum von heute 22% ist für die Musikschulleitung viel zu klein. Die Musikschule Wohlen umfasst gut 500 Schülerinnen und Schüler und rund 30 Musiklehrpersonen. Die Administration und Führung der Musikschule mit einem Pensum von 22% zu gewährleisten, ist einfach nicht zu schaffen.

Ich verzichte darauf, alle weiteren Gründe für die Änderung des Musikschulreglements aufzuzählen. Sie gehen mit mir bestimmt einig, dass der Revisionsbedarf genügend ausgewiesen ist.

Wir haben auch die Harmonisierung der Löhne intensiv diskutiert. Heute erhalten Musiklehrkräfte der Oberstufe für die 15 Minuten des staatlichen Angebots einen Lohn gemäss Lohndekret Lehrpersonen des Kantons Aargau und für die restlichen 10 Minuten einen tieferen Ansatz gemäss dem Anstellungsverhältnis der Musiklehrkräfte und der Schulleitung der Musikschule Wohlen. Wir hätten dies gerne geändert.

Wir haben aber auf diese Massnahme verzichtet, weil dadurch die Kosten für die Musikschule Wohlen um rund Fr. 105'000.-- gestiegen wären.

Diskutiert wurde auch die generelle Abschaffung des Musikschulreglements. Ich bin aber der Meinung, dass das nicht möglich ist, weil gemäss § 20 Absatz 2, Litera i des Gesetzes über die Einwohnergemeinden die Kompetenz für die Festsetzung von Gebühren bei der Gemeindeversammlung bzw. beim Einwohnerrat ist und weil es wegen der fehlenden Harmonisierung der Löhne eine gesetzliche Grundlage für die Besoldung der Musiklehrpersonen braucht.

Wegen all dieser komplexen Abklärungen ist dieser Bericht und Antrag leider erst jetzt behandlungsreif. Ob all der Vorteile dieser Vorlage gibt es auch eine Unschönheit. Der bisherige Musikschulleiter hat seine Anstellung per Ende Schuljahr 2008 / 2009 gekündigt. Deshalb musste die Stelle ausgeschrieben und auf das Schuljahr 2009 / 2010 neu besetzt werden. Schulleitungen müssen jeweils im August operativ sein und es muss spätestens im

Juni / Juli gesucht und angestellt werden. Das ist auch hier so geschehen, obwohl die notwendige Pensenerhöhung erst heute beraten wird. Sollten Sie der absolut notwendigen Pensenerhöhung um 18% heute nicht zustimmen, muss die Musikschule Wohlen die Situation neu beurteilen. Die neue Musikschulleiterin ist über diesen Umstand informiert.

Von diesem Makel abgesehen bin ich überzeugt, dass die Überführung der Musikschule Wohlen in die Struktur der Schule Wohlen und die Pensenerhöhung um 18% absolut Sinn macht. Ich kann Ihnen durch die Überführung keine direkt finanziell messbaren Synergien versprechen. Aber ich kann Ihnen versprechen, dass dadurch die Qualität der Musikschule Wohlen gesteigert wird und längst notwendige Aufgaben, wie die Qualitätssicherung, endlich angepackt und die Prozesse und Abläufe dokumentiert werden können. Dazu gehört auch die konsequente Umsetzung der angestrebten Vollkostenrechnung. Die Synergie zahlt sich also in der Qualität der Musikschule Wohlen aus

Duschén Andrea, FDP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der FDP und des Dorfteils Anglikon bekannt. Eine der grössten Musikschulen im Kanton Aargau muss auch zeitgemäss geführt werden. Unserer Meinung nach ist es auch sinnvoll, dass diese Musikschule ein voll integriertes Mitglied der Schulleitungskonferenz ist. Das ist heute noch nicht der Fall. Ebenso wird die Musikschule auch der Schulpflege unterstellt. So ist ein Gesamtbild auch für die Schule Wohlen besser möglich. Wir sind einstimmig dafür, die Musikschule in die Schule Wohlen zu integrieren. Die Aufstockung des Schulleiterpensums von 22% auf 40% scheint bei diesem Wachstum der Musikschule ebenfalls plausibel. In der Fraktion ist dem Antrag jedoch nur grossmehrheitlich zugestimmt worden.

Schmid Tomi, Freis Wohle: EVP und Freis Wohle unterstützen diesen Bericht und Antrag 11158 einstimmig.

Die Musikschule ist sehr wichtig für unsere Gesellschaft. Erfreulicherweise wurde sie immer grösser und muss nun von der Struktur her in die Schule Wohlen integriert werden. Damit ist die Position der Musikschule klar definiert, sie ist ein Teil der Schule!

Die Organisation dieser Schule erweist sich nicht immer als einfach, da beinahe alle Musiklehrer lediglich im Teilpensum angestellt sind. Die stellte an die bisherige Musikschule sehr hohe Ansprüche. Der neue Schulleiter hat mehr Zeit zur Verfügung, um mit dieser Aufgabe zu recht zu kommen. Er ist eingebunden in die Schulleiterkonferenzen, was seine Arbeit leichter und effizienter gestaltet und eine Qualitätssteigerung mit sich bringt.

Dass dies Kosten mit sich bringt, ist klar. Wir sind der Meinung, dass sich die Investition lohnt, denn Musik macht auch sicher allen hier im Saal Freude. Wir können so den Nachwuchs unterstützen und wer weiss, vielleicht haben wir schon bald wieder einen Künstler wie Seven.

Spörri Marlis, SVP: Die Fraktion SVP-Wohlen-Anglikon lehnt alle Anträge ab.

Musik ist ein wichtiges Element in unserer Lebensgemeinschaft — Musik ist gefragt in fröhlichen wie auch in traurigen Momenten — Musik fördert das Zusammenleben unserer Menschheit in allen Zeiten. Vor Jahren hatte Wohlen zwei ansehnliche Musikvereine. Immer wieder versuchten die Verantwortlichen der beiden Organisationen mit der Musikschule Jugendliche von ihrem schönen Hobby zu überzeugen und in die Vereine zu bringen, was zum Teil auch gelungen ist. Leider ist vor einiger Zeit einer dieser Vereine mangels Nachwuchsprobleme aufgelöst worden. Muss das so weitergehen?!

Wohlen hatte vor Jahren eine Kadettenmusik, die von demselben Dirigenten geführt wurde wie der Musikverein. Der Nachwuchs war somit gesichert. Vor ca. 10 Jahren wurden

ernsthafte Bemühungen angegangen, um ein Jugendspiel Wohlen zu gründen. Vorstand und Geldgeber wären für die ersten 5 Jahre gesichert gewesen. Leider scheiterte das Ganze mit der Behörde, weil damals schon die Konkurrenz zu dieser Zusammenspielgruppe der Musikschule befürchtet wurde. In vielen Gemeinden und sogar Städten funktioniert das aber bestens! Eine Zusammenspielmöglichkeit für interessierte Musikerinnen und Musiker wäre eine Gelegenheit, dem Musikverein eine Zukunft zu sichern. Die Musikschule kostet Geld, wie jede andere Schule oder Organisation auch. Warum sollten da nicht Anstrengungen gemacht werden, dass das Erlernte auch nach dem Schulabgang weiter gebraucht wird? Wir sehen nicht ein, warum für das gleiche oder sogar kleinere Angebot Mehrkosten entstehen sollen.

Im Legislaturprogramm, z.B. unter Kultur und Sport vermissen wir ein Musikangebot. Gibt es in Wohlen nur Geld für Sport? Auch ein Musikensemble fördert die Sozialkompetenz und ist z.B. Prävention gegen Gewalt.

Zum Schluss noch die Frage: Ist eine Zusammenarbeit mit dem Musikverein wirklich nicht möglich? Wie steht Wohlen da, wenn vielleicht in ein paar Jahren für jeden Anlass, der musikalisch umrahmt werden soll, eine fremde Musikvereinigung angefragt werden muss, weil der Nachwuchs in Wohlen fehlt.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich selber möchte diese Frage nicht beantworten, ich möchte das Wort gerne Herrn Franco Corsiglia weitergeben, er ist Musikant, er kann dies viel besser beantworten als ich.

Manimanakis Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung von den Grünen und SP bekannt. Wir begrüßen es, dass die Musikschule in die Schule Wohlen integriert werden soll. Es ist an der Zeit, dass das Schulreglement neu angepasst wird. Uns ist klar, dass das Ganze mit Kosten verbunden ist, wenn man dies professionell angehen will. Projektierungskosten für Integration und Schulentwicklung von Fr. 32'700.- sind für uns realistisch. Dass das Stellenpensum der Schulleitung, von 22% auf 40% aufgestockt werden muss, bei einer Schülerzahl von 500, ist auch absolut nachvollziehbar. Es gibt zwei Punkte, die uns in dem neuen Reglement nicht so passen. Das eine sind die Lohnkosten der Musikschullehrer. Aber wie wir gehört haben, wird das schwierig, das ins Budget zu integrieren. Wir hoffen es aber trotzdem. Das zweite ist, dass das vierte Kind einer Familie gratis Unterricht nehmen kann. Wir sind sehr wohl dafür, dass kinderreiche Familien die Möglichkeit haben, dass jedes Kind ein Instrument erlernen kann. Aber Gratisunterricht erscheint uns nicht der richtige Weg zu sein. Dimitri Balazs wird diesbezüglich einen Antrag stellen. Ansonsten werden wir den anderen Punkten grossmehrheitlich zustimmen und unterstützen.

Bächer Andy, CVP: Unsere Fraktion unterstützt alle Anträge des Gemeinderates zur Überführung der Musikschule in die Schule Wohlen einstimmig. Aus denen von meinen Vorrednern bereits genannten Gründen, ausgenommen der SVP, ist das für uns ganz klar der Schritt, den die Gemeinde Wohlen machen muss. Es ist nachvollziehbar, richtig und auch nötig. Insbesondere erwarten wir von dieser Überführung, dass die Leitung und Führung der Musikschule Wohlen vereinfacht und Transparenz geschaffen wird. Wir wünschen der Musikschulleiterin viel Glück, die 30, oder vielleicht sind es auch 35, Individualisten, es sind wahrscheinlich alles Künstler, dass sie sie gut führen kann, das wird wahrscheinlich keine einfache Aufgabe.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Ich war selber Aktivmitglied hier in Wohlen, das ist mein Stammverein. Ich war Aktivmitglied und Präsident der Stadtmusik Lenzburg. Diese Problematik gibt es überall. Es ist mir ganz wichtig, dass eines klar ist. Die Musikschule, und da spreche ich contre coeur als Blasmusikant, ist nicht Lieferant des Nachwuchses für Blasmusiken. Sondern die Musikschule hat einen Auftrag, Kinder in die Welt der Musik zu

führen, sie auf dem Instrument das sie wählen, auszubilden. Jeder Verein kommt und sagt er brauche noch Mitglieder und die Schule solle sie liefern. In der Schule steht zuoberst, das ist klar, der Nachwuchs aller unserer Vereine. Man kann aber nicht erwarten, dass eine Musikschule Lieferant ist. Das ist in der Praxis nicht möglich.

Detailberatung

Seite 13, §18 Elternschaftsbeiträge

Balazs Dimitri, SP: Wir stellen den Antrag zur Änderung §19 Abs. 6 „Geschwisterrabatt“ des Schulreglements der Musikschule Wohlen. In diesem Paragraf steht, dass Geschwisterrabatt für Volksschüler/innen für das zweite Kind 1/3, das dritte Kind 2/3 und für das vierte und jedes weitere Kind 3/3 betragen. Es wird beantragt, dass diese Regelung zugunsten einer neuen Regelung, die für das zweite und jedes weitere Kind einen Rabatt von 25% vorsieht, aufzuheben.

Das Haushaltsbudget einer Familie wird je nach Anzahl Kinder, die die Musikschule besuchen, mehr oder weniger stark belastet. Insofern sind wir der Meinung, dass die beantragte Änderung zu wenig weit geht. Das alte Modell erachten wir daher als sinnvoller. Jedoch fordern wir, dass durch ein Grundbetrag die Qualität der Musikschule erhalten werden kann. Einen kostenlosen Musikschulunterricht soll es nicht geben. Kinder, die die Motivation an einem Instrumentenunterricht verlieren, werden durch einen Grundbetrag dazu bewegt, das Musizieren zu unterbrechen. Es macht keinen Sinn, dass Kinder lustlos den Musikschuleunterricht besuchen. Deshalb der Antrag, §19, Abs. 6, Geschwisterrabatt, soll wie folgt angepasst werden:

Geschwisterrabatt für Volksschüler/innen ist für das zweite Kind 1/3, für das dritte und jedes weitere Kind 2/3. Die Ermässigung wird höchstens auf die Dauer einer Unterrichtszeit von 25 Minuten gewährt.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der Gemeinderat lehnt diese Änderung ab. Er ist nach wie vor für das Modell von 25% Rabatt für das zweite und jedes weitere Kind. Selbstverständlich gibt es für Härtefälle die Möglichkeit, das ist in der Bemerkung auf der rechten Seite aufgezeigt, dass in speziellen Fällen an die Musikschule gelangt werden kann, um die Beiträge zu reduzieren.

Bächer Andy, CVP: Wir haben diesen Punkt in der GPK ebenfalls besprochen. Dort kam zum Ausdruck, dass die Gemeinde Wohlen eigentlich eine sehr grosszügige Handhabung hat, auch mit dieser hier vorgeschlagenen Regelung. Wir haben Begleiter dieser Firma hier, die mitgewirkt haben. Vielleicht müssen diese hierzu auch Auskunft geben. Aber die Aussagen an der GPK-Sitzung führten klar dahin, dass die Gemeinde Wohlen eine grosszügige Regelung hat mit diesen 25%. Ich meinte, es wäre gut, wenn Sie auf diesen Antrag antworten würden.

Herzig Hector, Institut HERZKA, Liestal: Ich mache das sehr gern, würde zu dieser Antwort aber gerne den Hut wechseln und als Präsident des Verbandes Musikschulen Schweiz Auskunft geben. Als Präsident habe ich eine gesamtschweizerische Sicht betreffend Finanzierung und Geschwisterrabatt resp. Sozialrabatt der Musikschulen. Ich kann nur bestätigen, dass 25% im gesamtschweizerischen Kontext eine sehr grosszügige Lösung ist und ich dies nur unterstützen kann, dass dies geschützt wird. In der Regel läuft es in der Schweiz heute so, dass die Geschwisterrabatte abgeschafft und diese ersetzt werden durch sogenannte Sozialrabatte (soziale Abfederung). Der Geschwisterrabatt wird nach dem Gieskannenprinzip verteilt, d.h. alle Kinder haben Zugang, egal ob die Eltern gut oder weniger gut verdie-

nend sind und man davon wegkommt, einen Sozialrabatt zu gewähren. Diese Lösung ist eine sehr grosszügige Lösung aus gesamtschweizerischer Sicht.

Abstimmung

Der Antrag von Dimitri Balazs

§19, Abs. 6, „Geschwisterrabatte soll wie folgt angepasst werden:

Geschwisterrabatt für Volksschüler/innen für das zweite Kind 1/3, für das dritte und jedes weitere Kind 2/3. Die Ermässigung wird höchstens auf die Dauer einer Unterrichtseinheit von 25 Minuten gewährt.

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 1 abgelehnt.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich bin ein wenig enttäuscht von dieser Antwort von Franco Corsiglia, dass es nicht Aufgabe der Schule sein soll, Nachwuchs für Vereine zu liefern. Da bin ich etwas anderer Meinung. Gerade die Schule sollte diese Aufgabe wahrnehmen und die Vereine den Kindern näher bringen. Das könnte viele Probleme lösen. Sei es das zunehmende Übergewicht, Probleme der mangelnden Bewegung oder wenn sie zuviel vor dem PC sitzen oder sonst rumhängen. Ein Schulleiter einer anderen Gemeinde hat mir einmal gesagt, sein Ziel sei es, dass Ende Jahr jedes Kind in einem Verein sein soll. Das finde ich super. Egal ob das ein Musik-, Sport-, Theaterverein oder auch ein anderer sei. Das wünsche ich mir auch für Wohlen.

Stäger Urs, SVP: Ich unterstütze die Meinung von Maja Meier. Es muss ja nicht geliefert werden in dem Sinn wie ein Produktionsbetrieb, sondern man kann mit diesen Vereinen den Kontakt pflegen und davon profitieren. Die Vereine sind durchaus gerne in der Lage, solche Musiksachen zu unterstützen. Aus diesem Grunde lehne ich das Reglement ab.

Benz Guido, CVP: Ich teile die Meinung von Maja Meier und ich bin überzeugt, dass Franco Corsiglia gar keine andere hat. Er kann sich korrigieren. Wenn er gemeint hat, so interpretiere ich, der Musikverein kann nicht erwarten und verlangen, dass seine Nachwuchsleute durch die Musikschule gemacht werden. Hingegen darf meiner Meinung nach jeder Verein erwarten, dass die Schule unterstützt.

Isler Roger, CVP: Das funktioniert bei gewissen Vereinen einwandfrei. Ich war jahrelang Leiter der Jungwacht. Vereine wie Jungwacht, Blauring, Pfadi gehen zu Lehrpersonen mit Schülern dieses Alters, vereinbaren einen Termin, besuchen die Schulstunde und stellen ihren Verein vor. Anschliessend gehen die Kinder mal einen Besuch abstaten.

Bertha Hübscher, EVP: Der Musikverein hat das auch so gemacht wie die Jungwacht.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag wird wie folgt zugestimmt:

- 1) *Die Änderungen des Schulreglements der Musikschule Wohlen seien zu beschliessen und per 1. Januar 2010 in Kraft zu setzen: 26 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung*

- 2) *Das Reglement über das Anstellungsverhältnis der Musiklehrkräfte und der Schulleitung der Musikschule Wohlen (MSW) vom 23. Januar 1995 sei per 1. Januar 2010 ausser Kraft zu setzen:* 26 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen
- 3) *Bewilligung einmaliger Projektkosten „Integration“ von Fr. 13'000.—:* 26 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen
- 4) *Bewilligung einmaliger Projektkosten „Schulentwicklung“ von Fr. 19'700.—:* 26 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen
- 5) *Bewilligung von 40 Stellenprozenten für die Schulleitung Musikschule:* 26 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen

Motion 11121 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige

Meier Maja, Freis Wohle: Fraktion EVP/Freis Wohle hat die Motion eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass zu viel Geld in Strassen investiert wird. Geld, das wir nicht haben oder woanders eingespart werden muss.

Verkehrsrichtplan und Masterplan haben wir zur Kenntnisnahme bereits erhalten. Nun fehlt noch der Bauzonenplan. Beim Bauzonenplan erwarten wir nur wenige neue Einzonungen, da noch eine Baulandreserve vorhanden ist, so, dass auch der BZP hoffentlich bald auf dem Tisch liegt! Wir sind der Meinung, dass solange gewartet werden kann.

Wir möchten, dass Energie, Kraft und Mittel, bis die übergeordneten Planungen abgeschlossen sind, statt in neue Strassenprojekte, in die Sanierung von Liegenschaften gesteckt werden.

Zu den Strassen-Unterhaltskosten:

Die Firma Roadconsult hat unsere Strassen untersucht und ist zum Schluss gekommen, dass sie in einem guten Zustand sind.

Deshalb halten wir auch an unserem Antrag fest, das Sanierungsprogramm auf ein absolutes Minimum zu reduzieren, d.h. nur Riss-, Loch- und Randsteinsanierungen vorzunehmen. Belagssanierungen nur im Zusammenhang mit Kanalisationen und ibw!

In unseren Augen, aufgrund der finanziellen Situation und den seit Jahren aufgeschobenen, sanierungsbedürftigen Liegenschaften und Anlagen, wäre dies für uns der richtige Weg, den wir einschlagen sollten!

Wir halten deshalb an unserer Motion fest!

Dubler Walter, Gemeindeammann:

I. Gesamtkonzept

Die Motionäre stellen richtigerweise fest, dass es „unseriös ist, in einzelne Projekte und Strassenausbauten ohne Zusammenhänge zu investieren“. Die Behauptung, dass die anstehenden Strassenbauprojekte ohne Berücksichtigung der relevanten verkehrlichen Zusammenhänge beurteilt würden, muss allerdings klar zurückgewiesen werden.

Die Erkenntnisse aus den laufenden Planungsprozessen, wie Verkehrsrichtplan und Masterplan Ortszentrum, sind bei der Beurteilung aktueller Fragestellungen entsprechend zu berücksichtigen. Sofern im Rahmen der Erarbeitung der übergeordneten Planungsinstrumente noch offene Fragen bestehen, sind die davon abhängigen Projektentscheide erst nach der Klärung der offenen Punkte zu fällen, d.h. diese Projekte sind momentan in der Tat sistiert.

II. Abstimmung mit dem Verkehrsrichtplan

Die Eckwerte der Verkehrsplanung wurden vom Gemeinderat am 10. August 2009 beschlossen und werden an der nächsten ER-Sitzung traktandiert.

Bis zur Fertigstellung des überarbeiteten Verkehrsrichtplans werden sämtliche verkehrsplanerischen Fragen und Projekte im Sinne dieser Eckwerte angegangen. Sofern Zweifel bestehen, ob ein Strassenprojekt mit den zukünftigen Zielen des überarbeiteten Verkehrsrichtplans übereinstimmt, werden momentan keine Anstrengungen für eine rasche Realisierung unternommen.

III. Abstimmung mit den weiteren Planungsinstrumenten

Bei der Revision des Bauzonenplans wurde ein erster Entwurf durch den Gemeinderat verabschiedet und dem Kanton im Juni 2009 zu einer ersten Vorprüfung eingereicht. Aufgrund der vorhandenen Reserven innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes, sind Einzonungen – mit wenigen Ausnahmen – nur im kleineren Rahmen denkbar.

Im Rahmen der Diskussion grösserer Einzonungsbegehren werden auch die verkehrlichen Aspekte berücksichtigt. Die Entwicklungsgebiete wurden bereits im Zusammenhang mit diesen Eckwerten berücksichtigt.

Der Masterplan Ortszentrum wurde durch den Gemeinderat am 10. August 2009 beschlossen und wird an der nächsten ER-Sitzung traktandiert.

IV. Übersicht der Strassenausbauprojekte

Projekte mit hoher Priorität, welche noch nicht bewilligt sind, werden im Sinne der Eckwerte der Verkehrsplanung vorangetrieben, z.B. Sanierung Nutzenbachstrasse, Knoten Freiämterstrasse/Farnstrasse, Kreisel Litzibuech-/Anglikerstrasse oder Erschliessung Rebberg.

V. Sanierung Nutzenbachstrasse

Bei diesem Projekt handelt es sich um eine dringend notwendige Sanierungsmassnahme. Sowohl ein zusätzlicher Ausbau der Nutzenbachstrasse (mehr Fahrspuren) als auch ein Rückbau (Verkehrsberuhigung) stehen weder im Rahmen der Überarbeitung des Verkehrsrichtplans noch im Rahmen der Zonenplanrevision zur Diskussion.

VI. Sanierungsprogramm

Im August 2008 wurde das ganze Strassennetz der Gemeinde Wohlen exkl. Kantonsstrassen durch die Firma Roadconsult, Wetzikon, auf den Zustand hin untersucht. Es hat sich gezeigt, dass der Strassenzustand allgemein als ausreichend bis gut beurteilt werden kann. Um diesen Zustand zu erhalten, ist allerdings erforderlich, dass pro Jahr rund Fr. 490'000.-- investiert werden. Der Gemeinderat hat die Öffentlichkeit darüber informiert. Nach der Zustandsanalyse folgt nun die Umsetzung der notwendigen Sanierungen.

Im Voranschlag 2009 sind für den Strassenunterhalt durch Dritte (Gemeindestrassen) Fr. 315'000.-- enthalten. Dazu kommen interne Leistungen des Bauamts in der Höhe von ca. Fr. 60'000.--. In der Begründung der Motion wird eine falsche Aussage gemacht. Die erwähnten Fr. 500'000.-- enthalten sämtliche Leistungen des Bauamtes inkl. Strassenreinigung. Die Gemeindebeiträge für Unterhalt und Ausbau von Kantonsstrasse in der Höhe von Fr. 50'000.-- müssen separat betrachtet werden.

Aufgrund der Strassenzustandserhebung erarbeitet die Bauverwaltung nun ein detailliertes Sanierungsprogramm für die nächsten Jahre. Strassensanierungen sind immer mit den notwendigen Arbeiten betr. Kanalisation und der IBW zu koordinieren. Sollte es nicht möglich sein, die Investitionen in den Unterhalt der Gemeindestrassen mittelfristig auf den ausgewiesenen Wert von Fr. 490'000.-- anzuheben, entsteht ein Investitionsstau. Dies führt zu einer Verschlechterung der heutigen Ausgangslage und langfristig zu erheblichen Mehrkosten.

VII. Antrag

Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, die Motion im Sinne der Erwägungen abzulehnen. Bitte spielen Sie nicht den Strassenbau gegen den Unterhalt der öffentlichen Gebäude aus. In beiden Fällen würde es sich rächen, wenn man nicht das macht, was gemacht werden muss und auch wichtig ist. Wir haben eine Langfristplanung. Man hat eine Untersuchung gemacht, dass man systematisch in die Zukunft schreiten kann.

Meier Maja, Freis Wohle: Der Gemeindeammann hat gesagt, dass verschiedene Projekte vorangetrieben werden. Wir haben leider die Erfahrung gemacht, dass die Weiterführung umstrittener Projekte bis zur Endphase seine Tücken haben. Wir hören dann immer „jetzt sind die Planungen schon so weit fortgeschritten, wir können nicht mehr zurück“. Wir machen uns unglaublich oder der Kanton macht 15 Jahre gar nichts mehr. Wir haben nun die Chance, können nicht mehr Nein sagen oder die Arbeit war für die Katze. Die Aussagen empfinden wir als Drohung. Die Antworten aus dem Einwohnerrat sind trotzdem oft „Ja“.

Bei der Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes sind gewisse Strassenprojekte offenbar nicht in Frage gestellt worden. Auch Projekte, die nicht in Frage gestellt wurden, sind nicht a priori wichtiger als die Gebäudesanierungen. Wir denken da insbesondere an weitere Kreisel. Kreisel sind wünschenswert aber oft nicht zwingend und oft sehr viel zu teuer.

Den Rebberg haben wir bewusst ausgeklammert und auch die FIKO empfiehlt die Gewichtung von Verkehrsprojekten und Gebäudesanierungen nochmals zu überprüfen und zu diskutieren.

Im Speziellen geht es uns aber um die Nutzenbachstrasse. Die diversen Kreisel und Umgestaltungen verschiedener Verknotungen auf Seite 21/22 des neuen Finanzplanes. Wir finden, dass eine Gesamtshow vor der Realisierung der Nutzenbachstrasse nötig ist und zwar aus finanziellen Gründen. Unsere finanzielle Situation lässt diese hohen Kosten nicht zu. Anlässlich des Kreditbegehrens Sanierung Anglikerstrasse, Rad/Gehweg und Kreisel Industrie hat der Einwohnerrat klar signalisiert, dass er mit den weiteren Schritten betreffend Nutzenbachstrasse nicht einverstanden ist. Das Signal wurde vom Gemeinderat nicht aufgenommen. Wir sind enttäuscht und verlieren das Vertrauen. Im neuen Finanzplan sind 3,15 Mio. für die Nutzenbachstrasse vorgesehen. Was dieser Betrag beinhaltet, ist im neuen Finanzplan nicht mehr klar ersichtlich. Kreisel- und Brückenbau und auch der Radweg Nutzenbachstrasse bis Gemeindegrenze Villmergen sind nicht mehr gesondert aufgeführt. Nur die SBB-Unterführung ist mit weiteren 2,5 Mio. für nach 2013 vorgesehen. Eine reine Belagssanierung der Nutzenbachstrasse und ein Velostreifen sind bestimmt um einiges günstiger zu haben. Wir haben schlichtweg das Geld nicht, um die teure Ausbauvariante zu finanzieren, das muss doch auch der Kanton einsehen.

Die Zahlen, die wir aufgeführt haben, beinhalten tatsächlich alle Kosten für den Strassenunterhalt und sämtliche Leistungen des Bauamtes. Es ändert nichts an der Tatsache, dass die Kosten für unsere Strassen sehr hoch sind, seien es Investitions- oder Unterhaltskosten. Wir gehen auch davon aus, dass die Unterhaltskosten im Kostenvoranschlag 2010 noch höher ausfallen werden, wie es der Gemeindeammann bereits gesagt hat, da die Empfehlungen der Roadconsult eins zu eins übernommen werden. Diese Unterhaltskosten sind für Freis Wohle/EVP zu hoch. Wir sind überzeugt, dass noch Spielraum vorhanden ist, das haben wir uns von Fachleuten bestätigen lassen. Strassenunterhalt ist wichtig, wir möchten aber das Geld gezielt einsetzen und keine Strassen vergolden. Auch dann ist die Sicherheit noch gewährleistet. Unsere Lösung führt auch nicht zwingend zu Mehrkosten, wenn Riss-, Loch- und Randsteinsanierungen professionell gemanagt und ausgeführt werden. Wir bitten Euch, diese Motion zu unterstützen, unseren Finanzen und Liegenschaften zuliebe.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Ich darf Ihnen die Fraktionserklärung der FDP Wohlen/Dorfteil Anglikon zur Motion Nr. 11121, Sistierung der Strassenbauprojekte, bekannt geben. Wir sind grossmehrheitlich der Meinung, dass diese Motion zu weit geht. Es wäre unverhältnismässig (ausser Rebbergerschliessung) alle Strassenbauprojekte zu sistieren, sprich zu blockieren.

Ausserdem soll der Unterhalt auf ein nicht mehr tolerierbares, ich sage dem „Kleinstunterhaltsbudget“ reduziert werden. Im Weiteren soll, nach Ablauf von einer im Antrag übrigens zu ungenau, resp. gar nicht definierten Frist, der Zustand der Strassen neu beurteilt werden.

Diese Erhebung macht überhaupt keinen Sinn, da diese Arbeit bereit kürzlich erfolgt ist und sich sicher mit normalem Unterhalt nicht wesentlich verändern wird.

Wir möchten sie deshalb bitten, die Motion 11121 nicht zu überweisen.

Isler Roger, CVP: Für uns ist Unterhalt ganz klar Werterhalt. Man muss ganz klar unterscheiden zwischen reparieren, unterhalten und investieren. Der Zustand der Strassen wurde von Profis aufgenommen. Auf der Bauverwaltung arbeiten Profis, der Verkehrsrichtplan ist in Arbeit und bald beendet, der Masterplan ist bereits beendet. Die grossen Brocken, die wir in den letzten Jahren investiert haben (nicht saniert) sind häufig durch den Kanton ausgelöst worden. Gemäss Expertise der Roadconsult wird rund eine halbe Million Franken benötigt, dass man den Wert erhalten kann. Wir vergolden damit eigentlich gar nichts und wir sehen nicht ein, dass man 20% reduziert und es trotzdem funktioniert. Wenn weniger gemacht wird und nicht mehr sauber repariert werden kann, dann ist der Schaden danach grösser. Sobald eine Koferung einer Strasse defekt ist, muss man diese entfernen und ersetzen. Wenn aber der Belag sauber repariert werden kann, passiert das nicht. Wir sind gegen eine Überweisung dieser dringlichen Motion.

Keller Anna, Grüne: Die Fraktion SP/Grüne ist auch nicht für diese Motion und zwar aus folgenden Gründen. Bei uns sind die Bedenken sehr gross bezüglich der Plafonierung auf Fr. 400'000. Was machen wir, wenn plötzlich Unterhaltsarbeiten nötig sind? Lassen wir Löcher offen? Andererseits ist es auch so, sobald grössere und damit auch teurere Projekte anstehen, wo neue Projekte sind, liegen diese uns vor und dann können wir auch darüber entscheiden.

Benz Guido, CVP: Es ist tatsächlich so. Die FIKO hat im letzten Jahr im Rahmen der Behandlung des Finanzplanes aufmerksam gemacht auf die relativ hohen Summen in Verkehrsinvestitionen und angeregt, diese nochmals zu überprüfen. Es wurde damals kein Urteil gefällt, sondern nur eine Anregung. Wenn solche Investitionen nötig und sinnvoll sind, müssen wir diese tätigen. Im Übrigen können wir, wenn es um Investitionen geht, jeweils über die Anträge abstimmen. Mit anderen Worten: Es läuft nicht von alleine. Im Unterhalt, das ist eine alte Geschichte, wurde auch meinerseits immer wieder gesagt, wir müssen unsere Sachen in Ordnung behalten. Jetzt weiss ich auch nicht ganz genau, was es bei den Strassen braucht. Wir hatten eine Expertise, Maja Meier hatte angeblich eine Gegenexpertise. Wir können diese vergleichen und schauen, wo der Stand ist. Ich bin der Meinung, dass das was nötig ist, gemacht werden muss. Ich hoffe auch nicht, dass wir die Strassen vergolden. Ich bin der Meinung, Unterhalt ist eine wichtige Sache und diese soll nicht eingeschränkt werden. Falls der Gemeinderat Möglichkeiten zur Reduktion sieht, bin ich selbstverständlich einverstanden. Ich gehe auch davon aus, dass er das machen wird. Vielleicht noch zu den Investitionen: Ich glaube, es ist schwierig, wichtige Sachen gegeneinander auszuspielen. Wir haben lange nicht saniert, jetzt müssen wir halt anpacken. Ich denke, dass die Einschränkungen dieser Motion unnötig sind und empfehle, diese abzulehnen.

Abstimmung

Der Gemeinderat wird beauftragt, alle vom Einwohnerrat noch nicht bewilligten Strassenbauprojekte auf Kantons- und Gemeindestrassen (mit Ausnahme Erschliessung Rebberg) zu sistieren, bis die übergeordneten Planungen (Verkehrsrichtplan, Masterplan, Zonenplan) abgeschlossen sind.

Die Motion 11121 betr. Sistierung der Strassen-Ausbauprojekte bis zum Vorliegen eines Gesamtkonzeptes sowie Reduktion des Unterhaltes auf das absolut Notwendige wird mit 20 Nein-Stimmen zu 13 Ja-Stimmen nicht überwiesen.

Motion 11122 betr. Sanierung der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion EVP/Freis Wohle hat diese Motion im November 2008 eingereicht, da wir feststellen mussten, dass die Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen immer wieder weiter zurückgestellt worden sind. Im letzten Finanzplan sind diese Liegenschaften sogar ganz verschwunden. Wir haben uns gefragt, wie das weitergehen soll. Wir sind dafür, dass das Sanierungskonzept, wenn möglich ein Gesamtanierungskonzept, erarbeitet wird, dass also zu Beginn ein Konzept steht und eine Prioritätenliste erstellt werden muss. Es geht auch um das notwendige Liegenschaftsmanagement all unserer Liegenschaften. Und wo immer möglich sollte auch der Minergiestandard angestrebt werden. Das war unser Bestreben, als wir die Motion eingereicht haben.

Becker Doris, Gemeinderätin: Der Gemeinderat bittet die Fraktion EVP/Freis Wohle die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dann würde er es annehmen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Nachdem wir nun den neuen Finanzplan erhalten haben und wir daraus ersehen können, dass der Gemeinderat einige unserer Anliegen umsetzt, z.B. Gesamtprojekt der Sanierung Schulanlage Halden soll im Jahre 2010 ausgearbeitet werden, und auch das Gesamtkonzept Schulanlage Junkholz ist für 2010 vorgesehen, wie auch die Gesamtprojektsanierung Turnhalle. Zusammen mit dem Tätigkeitsprogramm, das wir im Wirkungsziel lenken, Werterhaltung der gemeindeeigenen Bauten zu sichern hat und Erfassung sämtlicher Liegenschaften und aller relevanten Parameter bis ins Jahr 2010 ebenfalls aufgeführt hat, können wir dem zustimmen, dass der Gemeinderat dies als Postulat entgegennimmt.

Der Gemeinderat nimmt die Motion 11122 betr. Sanierung der gemeindeeigenen Liegenschaften und Anlagen als Postulat entgegen.

Steiner Landert Judith, SVP: Wir haben die Antwort alle gelesen. Wir möchten Euch verschiedene Punkte erläutern und weitere Details dazugeben. Wir bitten Euch, einer Diskussion zuzustimmen.

Abstimmung

Die Diskussion wird mit 15 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen beschlossen.

(1 Ratsmitglied befindet sich nicht im Raum, Otto Erb)

Gallati Jean-Pierre, SVP: 3 Vorbemerkungen zum Thema:

1. Die Firma RICOH ist, Stand heute, seit längerem schon keine Firma mehr, die in Wohlen ansässig ist. Die Firma RICOH hat meines Wissens überhaupt keine Mitarbeiter, die in Wohlen Steuern zahlen würden. Es besteht also keine Veranlassung, Heimatschutz zu betreiben. Dort, wo der Gemeinderat Heimatschutz betreibt, hatte die SVP bis jetzt Verständnis und keine Vorstösse geschrieben.
2. Wieso bringen wir das und wieso diskutieren wir gerne darüber. Ich danke auch für die Zustimmung zur Diskussion. Wir sehen hier das Einsparpotential von mindestens Fr. 30'000.— pro Jahr bis max. Fr. 50'000.— pro Jahr. Ich schliesse hier drinnen mit jedem eine Wette ab der will, dass ich innert 7 Tagen eine Offerte erhalte von einer gleichwertigen Firma mit einem gleichwertigen Angebot, das Fr. 30'000.— pro Jahr billiger ist. Ich nehme nachher alle Wetten entgegen.
3. Ich war eigentlich schockiert, dass so viele Leute die Diskussion ablehnen können. Dass so viele Leute das nicht möchten. Das Votum ist wahrscheinlich vor allem für das Protokoll, dass man das später einmal sieht. Der Gemeinderat hat offensichtlich nicht den Willen, in der täglichen Arbeit zu sparen.

Zu den einzelnen Fragen.

Frage 1

Die genauen Gründe, warum im Jahre 2008 plötzlich ein Sprung auf Fr. 200'000.-- stattgefunden hat, wegen dieser Zwischenabrechnung, werden im Dunkeln gelassen. Man weiss es nicht. Sehr häufig, und das weiss jeder, der ein solches Kopiergerät hat, macht man dann Zwischenabrechnungen, wenn es darum geht, den Vergleich zu machen zwischen effektiv und dem, was vertraglich vereinbart wurde. Vielmals hat man zu viele Farbkopien und dann explodiert es ein wenig. Das ist kein Vorwurf, das passiert jedem. Aber man müsste ja, damit man die Zahlen versteht, wissen, was der Grund für diesen Sprung ist. Man müsste auch wissen, wie es im Juli 2009 gelaufen ist. Auch das bleibt im Dunkeln, wenn man die Antworten liest.

Frage 2

Das ist interessant. Da sehen wir die Laufzeit von heute weg, zuerst 3 Jahre, dann bei den 36 Geräten von heute weg, noch fast 5 ½ Jahre (das heisst insgesamt vielleicht 6, 7 Jahre vom Abschluss weg) und vom letzten Gerät, von heute weg, 5 ½ Jahre. Es stellt sich die

Frage, ob ein Rahmenvertrag vorhanden ist. Mindestens über die 36 Geräte gibt es einen einzigen Vertrag.

Weiter unten bei der Frage 4 sehen Sie das Wort „Vertragspool“. Das heisst ja, dass ein Rahmenvertrag vorhanden ist. Unten in der Frage 2 heisst es dann, die Gesamtvertrags-summe sei Fr. 118'000.--. Man sieht ja bei der Frage 1, dass es effektiv viel mehr Ausgaben sind, zumindest im letzten Jahr. Hier sieht man aber auch das Sparpotential. Das Sparpotential wäre, im Vergleich mit einer Konkurrenzfirma, und das habe ich erhärten lassen, mindestens Fr. 30'000.--, wenn nicht Fr. 50'000.--. Aufgerechnet auf die Vertragsdauer von 5-6 Jahren kommen wir durchschnittlich gesehen auf Fr. 200'000.--. Sie sehen, das ist die Hälfte des Strassenunterhaltes oder das Dreifache der Musikschule, das wir heute ausgeben haben. Ohne dass es jemandem wehtut.

Frage 3:

Da sagt der Gemeinderat selber, ab Fr. 250'000.— Baunebengewerbe, Lieferungen, etc., müsste er öffentlich ausschreiben. Das ist auch richtig meines Erachtens. Wir haben hier eine Vergabesumme von 4x Fr. 120'000.—, vielleicht 5x, also über eine halbe Million. Und er macht es nicht, er schreibt es nicht aus. Unterschreibt dann noch, was wir annehmen, bei unbestimmter Laufzeit. Er hat aber offensichtlich eine bestimmte Laufzeit, die höher und länger als vier Jahre ist. Das sieht man bei der Frage zwei, bei deren Antworten. Wohlen hat bestimmte Laufzeiten, die höher als vier Jahre sind. Da sehe ich nicht ein, warum man unten etwas Theoretisches bringt von einer unbestimmten Laufzeit. Das Fazit müsste richtigerweise sein: Man muss ausschreiben.

Frage 4

Die wurde eigentlich nicht beantwortet. Die Frage ist, wie man die Vergabe abgewickelt hat. Da heisst es einfach, wer es abgewickelt hat, nämlich die Schulverwaltung. Das mag interessant sein. Uns interessiert aber das Resultat, die Zahl. Und wenn diese zu hoch ist, interessiert uns das Vorgehen. Nicht beantwortet, wahrscheinlich ist man willkürlich vorgegangen. Man hat den Erstbesten genommen, vielleicht weil man ihn auch schon jahrzehntelang hat. Die Firma Cellpack, dann Celltec, die nun RICOH geworden ist. Es ist natürlich am bequemsten, den gleichen zu behalten.

Frage 7:

Ob es Konkurrenzofferten gegeben hat. Da ist die Antwort locker einfach „Ja“. Nach unseren Informationen ist das letztmals passiert vor sechs Jahren, im Jahre 2003. Es würde sich die Frage stellen, wann ist der letzte Vertragsabschluss gewesen von den drei Verträgen oder Rahmenverträgen, die man bei der Frage zwei gesehen hat. Hat es dort auch Ausschreibungen oder Konkurrenzofferten gegeben?

Frage 8:

Da wird einfach gesagt „die Konkurrenzofferte war preislich höher als das Angebot von demjenigen, den man gewählt hat.“ Es hat offenbar nur eine Konkurrenzofferte gegeben und vermutlich hat man nicht versucht, diese gegeneinander auszuspielen. Wenn man es kombiniert mit unserer Information, ich hoffe sie ist nicht richtig, dass im Jahre 2003 die letzte Konkurrenzofferte eingeholt wurde, ergibt sich ein erschreckendes Bild.

Frage 9:

Wie hoch das Sparpotential ist. Da wird auch wieder ziemlich locker gesagt, das sei ausgeschöpft worden. Und jeder hier drinnen, der schon solche Verträge abgeschlossen hat, weiss, dass es einen massiven Preissprung nach unten gegeben hat, der immer etwa einen Drittel bis die Hälfte ist im Kopiersektor in den letzten 5-6 Jahren. Das Sparpotential wurde nicht einmal eruiert, weil keine Konkurrenzsituationen geschaffen wurden. Ich wiederhole, es gibt ein Einsparpotential von Fr. 30'000.— bis Fr. 50'000.— pro Jahr, und ich muss nun

halt ein etwas grobes Wort anwenden, es ist aus Sicht des Steuerzahlers, und für den sind wir Treuhänder hier drinnen, eine Sauerei, wenn man dies nicht ausnutzt.

225 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Anfrage 11126 betr. Entwicklung der Altersguthaben der PROFOND Vor-
sorgeeinrichtung

Spörri Marlis, SVP: Es wird keine Diskussion verlangt.

226 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Anfrage betr. 11132 betr. Motion 11105 Teilamt für den Gemeindeam-
mann

Erledigt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es wird die Diskussion verlangt.

Abstimmung

Die Diskussion wird mit 20 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Besten Dank, dass wir hier kurz über dieses Problem diskutieren dürfen. Es ist ein wichtiges Problem, wie man die IBW führt vom Gemeinderat aus. Die IBW erzielt einen Umsatz in der Grössenordnung von Fr. 30 Mio. im Jahr und die Gemeinde macht, wenn man den reinen Steuerertrag anschaut, ebenfalls Fr. 30 Mio. pro Jahr. Es ist also eine ziemlich grosse Sache und es stellt sich letztendlich wieder die Frage, wie viel Gewinn raus schaut oder wie hoch die Stromtarife sind, die die Gemeinde selber zahlt. Es ist festzuhalten, dass das Traktandum, wie alles, was mit der IBW zu tun hat und vor den Einwohnerrat kommt, immer am Schluss auf der Traktandenliste ist. Deshalb danke ich dem Rat, dass die Diskussion gutgeheissen wurde. Einfach als kleine Anregung: Man bringt ein Geschäft nicht weg, Herr Präsident, auch wenn es erst am Schluss behandelt wird. Es kommt immer wieder, weil es ein grosses Problem darstellt und wichtig ist.

Frage 1

Die Antwort ist formaljuristisch sicher richtig. Sie ist legalistisch. Es stellt sich die politische Frage: will man weiterhin den Filz machen lassen bei der Besetzung dieser VR-Sitze? Der Filz, der sehr geschlossen und unter sich ist, oder will man dies öffnen? Will man Kollegen nehmen, die hereinkommen oder will man die besten nehmen?

Das ist die eigentlich Frage und ich bin froh, dass es nicht mehr der Gemeinderat in dieser Zusammensetzung entscheidet bei der nächsten Wahl. Es geht ja jetzt immer ein Jahr, das ist ein erfreulicher Fortschritt. Es wird der nächste Gemeinderat sein, der hoffentlich ein offenes Ohr hat für solche Belange und Anliegen.

Frage 2

Das ist ja hochinteressant, was hier steht. Ich persönlich bin im April dieses Jahres vom Verwaltungsratspräsident angefragt worden, sogar öffentlich und in persönlichen Gesprächen, ob ich in den Verwaltungsrat Einsitz nehmen möchte. Da habe ich gefragt, warum, es hat ja genug Juristen und Anwälte vertreten und dann braucht es mich nicht. Es ist ja immer schlecht, wenn zu viele Juristen/Anwälte vertreten sind. Und die Antwort war: Ich wäre vorgesehen gewesen als Konsumentenvertreter. Meine Antwort darauf war, dass ich nicht so viel Strom brauche und somit kein Grosskonsument bin. Es war natürlich ein Vorwand, um die Opposition einzubinden. Von Konsumentenvertreter in der Antwort auf die Frage 2 aber kein Wort. Es ist offensichtlich, dass man nicht nach diesen Kriterien vorgeht, wie hier geschildert wurde.

Frage 3

Das ist ebenfalls hochinteressant. Dann würde es ja jeden Bürger interessieren, wie das inhaltlich aussieht. Was wird verlangt von diesen Leuten? Sie erhalten immerhin zwischen Fr. 20'000.— bis Fr. 30'000.— pro Jahr. Das stehe angeblich in einem Protokoll, welches 8 ½ Jahre alt ist. Ich meine, wir haben einmal abgestimmt über die Öffentliche Verwaltung im ganzen Kanton, alles sei öffentlich, ausser es sei sehr geheim wie Steuern, Vormundschaft, etc. Das hier ist nichts Geheimes, ausser man hat etwas zu verstecken. Die Behörde, die et-

was zu verstecken hat, verschanzt sich hinter Beschlüssen, die sie selber gefasst hat und niemandem mitteilen darf, weil sie so schlecht sind. Ich hoffe natürlich auch, das sei wieder eine bössartige Unterstellung von mir und völlig falsch und daneben. Aber dann können Sie den Beschluss ja auf die Homepage stellen.

Frage 6

Offensichtlich sind die Dokumente geheim. Sonst würde man mit dem Inhalt herausrücken.

Frage 7

Da wird behauptet, der Entscheid, wer gewählt wird, fälle der Gemeinderat und das erst an der GV. Das stimmt ja hinten und vorne nicht und wäre auch falsch. Der Entscheid wird ja gefällt innerhalb des Gemeinderates und der, der an die GV geht vom Gemeinderat, erhält das Mandat, um nach diesen Instruktionen die Wahl vorzunehmen, weil er ja alle Aktien hat. Das ist auch richtig. Also nicht wie beim Bundesrat, wo einer Verträge abschliesst und nachher das Gremium fragen muss, sondern zuerst wird beschlossen und dann gewählt. Das ist richtig. Ich habe gerade gemerkt, dass die Freisinnigen nicht gelacht haben, aber ich habe Verständnis.

Frage 8

Da war ja die Frage, welches VR-Mitglied nicht vom VR selber vorgeschlagen wurde. Jetzt steckt die Absicht dahinter, dass es nie gut ist, wenn sich ein Gremium selber erneuert. Das fördert ja den Filz. Da steht, alle seien im Konsens gewählt worden. Wir wissen ja alle, dass das Gegenteil richtig ist. Wir wissen alles, dass es einen Stichentscheid gebraucht hat bei der letzten Wahl. Es geht jetzt gar nicht um die Person. Es ist auch richtig, wenn darum gestritten wird, wer soll hinein, wer soll Präsident sein und wer nicht. Aber wie man darauf kommt, zu sagen, es sei im Konsens gewählt worden, muss ich sagen, ist nicht mal keine Antwort, sondern das ist knallhart und eiskalt gelogen. Das Schöne daran ist ja, dass es jeder Bürger sieht, der Zeitung liest.

Abschliessend und zusammengefasst: Dem neuen Gemeinderat möchte ich ans Herz legen, es sind ja die meisten hierdrin, die da hinkommen, vielleicht von 1-2 Ausnahmen abgesehen, macht ein Ressort mit einer Verantwortung wie von Christian Müller mit dem Abwasserverband. Das verbessert die Führung und dann ist einer im Gemeinderat dafür verantwortlich. Wenn nämlich alle verantwortlich sind, wie es bis jetzt gehandhabt wurde, verstecken sich alle hinter den anderen und wenn das Gremium verantwortlich ist, fühlt sich am Schluss niemand verantwortlich, dafür habe ich sogar Verständnis. Ich habe geschlossen, danke für die Aufmerksamkeit.

Gfeller Konrad, Präsident:

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 21. September 2009 statt. Ich wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll


Konrad Gfeller, Präsident

i.V. Orlando R. 

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.